



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK
EUROSYSTEM

PRESSEKONFERENZ

AM 7. JULI 2011

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu unserer Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung informieren.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** um 25 Basispunkte anzuheben, nachdem diese bereits im April 2011 um 25 Basispunkte – ausgehend von ihrem historisch niedrigen Niveau – erhöht worden waren. Angesichts der Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität ist die erneute Anpassung des derzeit akkommodierenden geldpolitischen Kurses angebracht. Die allmähliche Erholung der Grunddynamik der monetären Expansion setzt sich fort, während weiter reichlich monetäre Liquidität vorhanden ist, aus der ihrerseits Preisdruck im Euroraum resultieren könnte. Insgesamt ist es von entscheidender Bedeutung, dass die jüngste Preisentwicklung auf mittlere Sicht keinen breit angelegten Inflationsdruck zur Folge hat. Unser Beschluss wird dazu beitragen, die Inflationserwartungen im Euro-Währungsgebiet weiterhin fest auf einem Niveau zu verankern, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten. Diese Verankerung der Inflationserwartungen ist eine Grundvoraussetzung, damit die Geldpolitik einen Beitrag zum Wirtschaftswachstum im Euroraum leisten kann. Zugleich sind die Zinssätze über das gesamte Laufzeitenspektrum hinweg nach wie vor niedrig. Somit ist unser geldpolitischer Kurs weiterhin akkommodierend und unterstützt die wirtschaftliche Aktivität und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Wie erwartet deuten die jüngsten Wirtschaftsdaten auf eine gewisse Konjunkturabschwächung im zweiten Quartal 2011 hin. Zwar bleibt die Grunddynamik des Wirtschaftswachstums im Eurogebiet positiv, doch herrscht nach wie vor erhöhte Unsicherheit.

Wir werden alle Entwicklungen im Hinblick auf Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität auch künftig sehr genau beobachten.

Die Liquiditätsversorgung und die Zuteilungsart bei den Refinanzierungsgeschäften werden gegebenenfalls angepasst, wobei der Tatsache Rechnung getragen wird, dass alle während der akuten Finanzmarktspannungen ergriffenen Sondermaßnahmen entsprechend ihrer Ausgestaltung vorübergehender Natur sind.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Im ersten Vierteljahr 2011 stieg das reale BIP im Euro-Währungsgebiet gegenüber dem vorherigen Dreimonatszeitraum kräftig an, und zwar um 0,8 % nach 0,3 % im Schlussquartal 2010. Die zuletzt veröffentlichten statistischen Daten und Umfrageergebnisse deuten darauf hin, dass sich die Wirtschaftstätigkeit im Eurogebiet im zweiten Quartal dieses Jahres weiterhin dynamisch entwickeln wird, wenngleich sich das Tempo verringern dürfte. Diese Verlangsamung spiegelt die Tatsache wider, dass das kräftige Wachstum im ersten Jahresviertel zum Teil auf Sonderfaktoren zurückzuführen war. Die im Euroraum herrschende positive konjunkturelle Grunddynamik hat nach wie vor Bestand. Die anhaltende weltwirtschaftliche Expansion dürfte sich weiterhin förderlich auf die Exporte des Euro-Währungsgebiets auswirken. Zugleich sollte die Inlandsnachfrage des privaten Sektors angesichts des gegenwärtigen Unternehmervertauens im Euroraum zum Wirtschaftswachstum beitragen. Allerdings wird erwartet, dass die Konjunktur durch die Bilanzanpassungen verschiedener wirtschaftlicher Sektoren weiterhin etwas gedämpft wird.

Nach Auffassung des EZB-Rats bleiben die Risiken für diesen Wirtschaftsausblick in einem von erhöhter Unsicherheit geprägten Umfeld weitgehend ausgewogen. Einerseits könnte sich das günstige Unternehmervertauen förderlicher auf die Binnenkonjunktur im Eurogebiet auswirken als derzeit angenommen, und eine höhere Auslandsnachfrage könnte ebenfalls einen stärkeren Wachstumsbeitrag leisten als erwartet. Andererseits erwachsen Abwärtsrisiken aus den anhaltenden Spannungen in einigen Finanzmarktsegmenten, die auf die Realwirtschaft im Euroraum übergreifen könnten. Abwärtsrisiken ergeben sich auch aus einem weiteren Anstieg der Energiepreise sowie aus Protektionismusbestrebungen und der Möglichkeit einer ungeordneten Korrektur globaler Ungleichgewichte.

Was die Preisentwicklung anbelangt, so lag die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI im Eurogebiet der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im Juni bei 2,7 % und blieb damit gegenüber Mai stabil. Die in den letzten Monaten verzeichneten relativ hohen Preissteigerungsraten waren

vor allem eine Folge der Verteuerung von Energie und Rohstoffen. Mit Blick auf die Zukunft dürfte die Inflationsrate auch in den kommenden Monaten deutlich über 2 % liegen. Der hauptsächlich von der Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise ausgehende Aufwärtsdruck auf die Inflation ist auch noch in den früheren Stufen des Produktionsprozesses erkennbar. Es ist weiterhin von vorrangiger Bedeutung, dass die Zunahme der HVPI-Teuerungsrate sich nicht in Zweitrundeneffekten beim Preis- und Lohnsetzungsverhalten niederschlägt und keinen breit angelegten Inflationsdruck nach sich zieht. Die Inflationserwartungen müssen fest auf einem Niveau verankert bleiben, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten.

Die Risiken in Bezug auf die mittelfristigen Aussichten für die Preisentwicklung sind weiterhin nach oben gerichtet. Sie bestehen insbesondere im Zusammenhang mit einem höher als erwarteten Anstieg der Energiepreise. Ferner besteht das Risiko, dass indirekte Steuern und administrierte Preise aufgrund der in den kommenden Jahren erforderlichen Haushaltskonsolidierung stärker erhöht werden könnten als derzeit angenommen. Darüber hinaus könnten Aufwärtsrisiken vom inländischen Preisdruck ausgehen, der vor dem Hintergrund einer steigenden Kapazitätsauslastung im Eurogebiet möglicherweise kräftiger ausfällt als erwartet.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, erhöhte sich die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 von 2,0 % im April auf 2,4 % im Mai 2011. Sieht man von der in jüngster Zeit aufgrund von Sonderfaktoren verzeichneten Volatilität des Wachstums der weit gefassten Geldmenge ab, so nahm das M3-Wachstum in den letzten Monaten erneut geringfügig zu. Die jährliche Zuwachsrate der Buchkreditvergabe an den privaten Sektor erhöhte sich abermals leicht von 2,6 % im April auf 2,7 % im Mai. Insgesamt setzte die Grunddynamik der monetären Expansion ihre allmähliche Erholung fort. Gleichzeitig ist weiter reichlich monetäre Liquidität vorhanden, die vor der Phase der Finanzmarktspannungen aufgebaut wurde und aus der ihrerseits Preisdruck im Euroraum resultieren könnte.

Bei der Betrachtung der M3-Komponenten ist festzustellen, dass sich die jährliche Wachstumsrate von M1 im Mai weiter abschwächte, während die sonstigen kurzfristigen Einlagen steigende Zwölfmonatsraten verzeichneten. Diese Entwicklung ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass die Verzinsung kurzfristiger Termin- und Spareinlagen in den vergangenen Monaten allmählich angestiegen ist. Zugleich wirkt sich die steile Zinsstrukturkurve dämpfend auf das Gesamtwachstum von M3 aus, da sie die Attraktivität monetärer Anlagen im Vergleich zu höher verzinsten längerfristigen Finanzinstrumenten außerhalb von M3 mindert. Allerdings deuten die aktuellen Informationen darauf hin, dass dieser Effekt nachlassen dürfte.

Was die Gegenposten der weit gefassten Geldmenge betrifft, so lag das jährliche Wachstum der Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und private Haushalte gegenüber April unverändert bei 0,9 % bzw. 3,4 % und entwickelte sich somit im Einklang mit dem Verlaufsmuster der vorangegangenen Monate.

Die Bilanzsummen der Banken haben sich in den letzten Monaten insgesamt kaum verändert. Vor dem Hintergrund einer steigenden Nachfrage ist es wichtig, dass die Banken ihre Kreditgewährung an den privaten Sektor weiterhin ausdehnen. Um sich dieser Herausforderung zu stellen, ist es von wesentlicher Bedeutung, dass die Banken gegebenenfalls Gewinne einbehalten, zur weiteren Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis auf den Markt zurückgreifen oder die staatlichen Hilfsmaßnahmen zur Rekapitalisierung voll ausschöpfen. Vor allem jene Banken, die gegenwärtig einen eingeschränkten Kapitalmarktzugang haben, müssen dringend ihre Kapitalausstattung verbessern und ihre Effizienz steigern.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der EZB-Rat auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse beschlossen hat, die Leitzinsen der EZB um 25 Basispunkte anzuheben, nachdem diese bereits im April um 25 Basispunkte – ausgehend von ihrem historisch niedrigen Niveau – erhöht worden waren. Angesichts der Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität ist die erneute Anpassung des derzeit akkommodierenden geldpolitischen Kurses angebracht. Die **Gegenprüfung** der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Ergebnisse der monetären Analyse weist darauf hin, dass sich die allmähliche Erholung der Grunddynamik der monetären Expansion fortsetzt, während weiter reichlich monetäre Liquidität vorhanden ist, aus der ihrerseits Preisdruck im Euroraum resultieren könnte. Insgesamt ist es von entscheidender Bedeutung, dass die jüngste Preisentwicklung auf mittlere Sicht keinen breit angelegten Inflationsdruck zur Folge hat. Unser Beschluss wird dazu beitragen, die Inflationserwartungen im Euro-Währungsgebiet weiterhin fest auf einem Niveau zu verankern, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten. Diese Verankerung der Inflationserwartungen ist eine Grundvoraussetzung, damit die Geldpolitik einen Beitrag zum Wirtschaftswachstum im Euroraum leisten kann. Zugleich sind die Zinssätze über das gesamte Laufzeitenspektrum hinweg nach wie vor niedrig. Somit ist unser geldpolitischer Kurs weiterhin akkommodierend und unterstützt die wirtschaftliche Aktivität und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Wie erwartet deuten die jüngsten Wirtschaftsdaten auf eine gewisse Konjunkturabschwächung im zweiten Quartal 2011 hin. Zwar bleibt die Grunddynamik des Wirtschaftswachstums im Eurogebiet positiv, doch herrscht nach wie vor erhöhte Unsicherheit.

Wir werden alle Entwicklungen im Hinblick auf Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität auch künftig sehr genau beobachten.

Was die **Finanzpolitik** anbelangt, so stellt die derzeitige Lage eine große Herausforderung dar und erfordert entschlossenes Handeln. Die Länder des Euroraums müssen mindestens ihre Konsolidierungszusagen für 2011 und die Folgejahre erfüllen, wie sie im Rahmen ihres jeweiligen Defizitverfahrens vorgesehen sind. Angemessene und vorgezogene Anpassungen sollten gewährleisten, dass die strukturellen Konsolidierungsziele im Einklang mit den Empfehlungen des ECOFIN-Rates erreicht werden, und alle über den Erwartungen liegenden wirtschaftlichen und fiskalischen Entwicklungen sollten zu einem schnelleren Defizitabbau genutzt werden. Die Ankündigung vollständig konkretisierter Konsolidierungsmaßnahmen für 2012 und die Folgejahre ist von entscheidender Bedeutung, um die Öffentlichkeit und die Finanzmarktteilnehmer davon zu überzeugen, dass die Korrekturmaßnahmen tragfähig sind und die Entwicklung der öffentlichen Verschuldung auf einen nachhaltigen Weg gebracht wird.

Auch ist es nach wie vor unabdingbar, dass substanzielle und umfassende **Strukturenreformen** im Euroraum vordringlich umgesetzt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit, die Flexibilität und das längerfristige Wachstumspotenzial zu stärken. Dies gilt insbesondere für Länder, die hohe Haushalts- und Außenhandelsdefizite aufweisen oder in der Vergangenheit Wettbewerbsverluste hinnehmen mussten. Wir begrüßen die Einführung des Europäischen Semesters, einschließlich der in jüngster Zeit erfolgten Vorlage der nationalen Reformprogramme der Länder, welche Zusagen im Rahmen des Euro-Plus-Pakts beinhalten. Wir unterstützen außerdem die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zu ambitionierteren und klar definierten Reformen, die zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit vorgezogen werden sollten. Darüber hinaus würde die Beseitigung von Arbeitsmarkttrigiditäten den Anpassungsprozess erheblich unterstützen. Maßnahmen zur Verbesserung der Lohnflexibilität, wie zum Beispiel die Abschaffung der automatischen Lohnindexierung, würden dazu beitragen, die erforderliche Anpassung zu erreichen.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Direktion Kommunikation
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: www.ecb.europa.eu
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.